

# Wehrpflicht in Deutschland

Dieter Beese, November 2025

Russland hat 2022 die Ukraine überfallen, negiert deren staatliche Souveränität und bedroht zugleich Europa und damit auch Deutschland. Zum Zeitpunkt der Außerkraftsetzung der allgemeinen Wehrpflicht, 2011, herrschte die Auffassung vor, dass eine direkte oder indirekte militärische Bedrohung Deutschlands nicht bestehe. Man sah sich „von Freunden umzingelt“. (Volker Rühle 1992)

Zwar war die Bundeswehr in den neunziger Jahren mit Aufklärungsflügen für die NATO im Balkankrieg und, von 2011 bis 2021, an unterschiedlichen Missionen im Afghanistankrieg (mit Gefallenen und Verwundeten) an militärischen Auseinandersetzungen beteiligt. Die militärischen Herausforderungen wurden allerdings seinerzeit nicht mit einer allgemeinen Wehrpflicht in Verbindung gebracht. Da die „Sicherheit Deutschlands auch am Hindukusch verteidigt“ wurde (Peter Struck 2002), lag das Augenmerk nicht primär auf der Landesverteidigung, sondern auf Out of Area-Einsätzen. (NATO-Vertrag Art. 5)

Die Stimmung in der Bevölkerung ist geteilt. Die politischen Parteien bilden die Debatte ab, indem Linke, BSW und AfD die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in der aktuell diskutierten Form (AfD) oder grundsätzlich (Linke, BSW) ablehnen. Die FDP präferiert eine freiwillige Berufsarmee. Die SPD votiert für eine verpflichtende Erhebung möglicher künftiger freiwilliger Wehrdienstleister, die CDU befürwortet die Rückkehr zur allgemeinen Wehrpflicht. Die Grünen plädieren für einen Freiheitsdienst jenseits von Staatsbürgerschaft und Geschlecht als freiwilliges Dienstmodell auf unterschiedlichsten Tätigkeitsfeldern.

In der Vormoderne waren das Landsknechts- und Söldnerwesen oder das Pressen zum Militär gängige Methoden der Rekrutierung. Bürgerliche Gesellschaften des 19. Jahrhunderts realisierten in der Bewaffnung der Bürger und der Verteidigung durch Volksheere einen wesentlichen Aspekt der Emanzipation des 3. Standes. Bis heute ist das Recht jedes einzelnen Bürgers, Waffen zu tragen und sich selbst zu verteidigen, ein obrigkeitskritisches, verfassungsbegründetes Recht in den USA. Das Grundgesetz schließt einen Zwang zum Kriegsdienst mit der Waffe gegen das Gewissen kategorisch aus. (GG-Art 4, Abs. 3)

Sowohl die Ausbreitung und Vertiefung einer pazifistischen Weltsicht unter dem Einfluss der Friedensbewegung wie auch die unterstellte Wirklichkeit einer vermeintlichen Friedensdividende nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion haben zu einer nachhaltigen Delegitimierung staatlicher Wehrhaftigkeit geführt, die bis zu einer gesellschaftlich akzeptierten offenen Verachtung von Militärangehörigen führen konnte. („Soldaten sind Mörder!“) Zugleich ist von einer wachsenden

milieubezogenen gesellschaftlichen Wehrhaftigkeit zu sprechen. Neben neonationalsozialistischen und islamistisch militanten Gruppierungen haben auch Emanzipationsbestrebungen, die sich in unterschiedlichen, themenbezogenen Neuen Sozialen Bewegungen organisierten, teilweise mit sich radikaliserender Militanz, ihren Anliegen Geltung verschafft. Sie etablierten den „Kampf“ bedrohter Opfer-Identitäten in ihrem Mindset, ihrer Rhetorik und ihren verbalen, organisationalen und bewaffneten Handlungsstrategien. Der Selbstermächtigung entsprechender Milieus entspricht die Geringschätzung nationalstaatlicher, möglicherweise verteidigungswerter Interessen. Alarmismus, Vigilanz und Militanz sind also nicht verschwunden. Sie haben lediglich eine andere Form angenommen und können sich gegen den bestehenden Nationalstaat wenden, dessen äußerer Schutz und soziale Absicherung zugleich eingefordert werden.

Auch praktische Gründe haben seinerzeit zur Entplausibilisierung der allgemeinen Wehrpflicht geführt. Besonders in einer Zeit wirtschaftlicher Krisen, wie etwa um die Jahrtausendwende, wurde die Rechtfertigung für hohe Verteidigungsausgaben in den Staatshaushalten schwierig. Kritik war laut geworden in Bezug auf den Mangel an Wehrgerechtigkeit. Die tatsächliche Ausgestaltung der Alltagsroutinen in der Ausbildung und der Dienstführung ließ an Qualität und Kohärenz zu wünschen übrig (Bummeldienst). Männerbündische Kulturen standen in Spannung zum Leitbild des Bürgers in Uniform. Spektakulär waren die Gefahren bei den An- und Abreisen Wehrpflichtiger vom Heimatort zum Dienstort und umgekehrt: Trunkenheitsfahrten und tragische, auch tödliche Verkehrsunfälle häuften sich. Nicht vermittelbar waren die gesellschaftlichen Individualisierungstendenzen in der jungen Generation und die Erwartungen an Disziplin und Gehorsam im militärischen Betrieb. Es kam unter anderem zu Skurrilitäten wie dem sogenannten Haarerlass. (Helmut Schmidt 1971)

Dass ein Staat das Recht und die Pflicht hat, die Rechte seiner Bürger zu gewährleisten und, wenn nötig, zu verteidigen, ist unstrittig. 98 % bejahen laut Deutschlandmonitor 2023 und 2024 die Demokratie als Staatsform. Wird die Frage mit Bezug auf die aktuelle Funktionsfähigkeit der Demokratie formuliert, so kann die Zustimmung jedoch bis auf etwa 50 % sinken. (Demokratie-Monitor 2025) 80 % halten das Grundgesetz für eine gute Grundlage. (MIDEM 2025) 20 % der Deutschen wären auch persönlich bereit, dafür aktiv mit der Waffe in der Hand zu kämpfen. (Forsa u. a. 2024) Mehr als die Hälfte der Bevölkerung bejaht im Durchschnitt die allgemeine Wehrpflicht. (Statista 2025) Diese Sachverhalte sind für die Willensbildung und Entscheidungsfindung bedeutsam.

Der demokratische Verfassungsstaat bezieht seine Legitimität daraus, dass er das Leben und die Freiheit seiner Bürger und die Funktionsfähigkeit der dazu notwendigen Institutionen wirksam schützt. Ist er nicht mehr in der Lage, das ihm dazu anvertraute Gewaltmonopol durchzusetzen, verliert er seine Existenzberechtigung. Ein dysfunktionaler Staat muss deutlicher

Legitimitätseinbußen gewärtig sein und löst bei den Bürgern eher Renitenz als Loyalität aus. Erhebliche Dysfunktionalitäten haben sich beispielsweise bei der Mordserie der NSU, beim Terrorakt auf dem Breitscheidplatz in Berlin und nach der Flutkatastrophe im Ahrtal gezeigt und stehen derzeit im Blick auf die öffentliche Sicherheit und Ordnung zur Debatte.

Wer für die Wehrpflicht ist, weiß: Ich rede über die mögliche Zukunft meiner selbst, meines Partners, meiner Geschwister, Kinder und Enkel. Die Unterstellung, Befürworter eines Wehrdienstes votierten aus einer Komfortzone heraus auf Kosten anderer, etwa der jungen Generation, ist insofern unfair. Vielmehr ist es angesichts der Realität bestehender Diktaturen und Terrorherrschaften und ihrer Methoden der Gewaltausübung eine Illusion, zu glauben, wer nicht zu kämpfen bereit ist, habe größere Überlebenschancen. Wer sich hier der Freiwilligkeit in Verteidigungsfragen verweigert, dürfte sich eher als gedacht unter Zwang in Reih und Glied auf der anderen Seite des Schlachtfeldes oder in den Fängen seiner Vergewaltiger, Folterer und Mörder wiederfinden und liefert die Bevölkerung des ganzen Landes demselben Schicksal aus. Das Diktum Helmut Schmidts aus der Nachrüstungsdebatte (1979): „Der freie Westen muss die Widerstandskraft freiwillig aufbringen, die dem Osten autoritär abverlangt wird“, dürfte – an die aktuelle Situation angepasst - auch heute gelten. Zugleich kann unterstellt werden, dass sowohl Befürworter wie Gegner einer allgemeinen Wehrpflicht (bis auf Personen, die den extremen Rändern des politischen Spektrums zuzuordnen sind), für Argumente zugänglich sind, sofern diese nicht der Überwältigung oder Manipulation, sondern der Aufklärung dienen, also gewissen Qualitätsstandards entsprechen.

Für die Sicherheit im Inneren wie im Äußeren sind eine Vielzahl von Faktoren relevant. Genauso wichtig wie die einzelnen Faktoren ist deren Zusammenwirken in einem System. Zwei aktuelle Beispiele sind für diesen Zusammenhang erhellend:

Die Spaltung der israelischen Gesellschaft in eine säkularen und eine religiösen Teil, die Ignoranz der militärischen Führung und die Inanspruchnahme der Sicherheitskapazitäten durch eine militante religiöse Minderheit haben von den zentralen gesamtstaatlichen Aufgaben abgelenkt und dazu geführt, dass – bei aller militärischen Potenz – der gesamte Süden des Landes Israel am 7. Oktober 2023 schutzlos dem Terrorangriff der Hamas ausgeliefert war. Um die Hamas zu schwächen und die (lebenden und toten) Geiseln wieder zurückzuholen, führt Israel nun einen verlustreichen Krieg im Gazastreifen als freie und demokratische, aber dennoch global weithin isolierte Macht im Nahen Osten. Um die Ziele (teilweise) zu erreichen, mussten 2.000 verurteilte Straftäter aus der Haft entlassen und bereits besetzte Gebiete wieder geräumt werden. Der von den USA erreichte Waffenstillstand ist zunächst fragil, der Ausgang der Konflikts offen.

Die vermeintliche Aussichtslosigkeit der Lage angesichts der militärischen Macht Russlands, die grassierende Korruption und die Lässigkeit der politischen Führung in Bezug auf die äußere

Sicherheit der Ukraine vor Kriegsbeginn haben nicht die zu befürchtende Selbstaufgabe des gesamten Landes prädestiniert. Vielmehr wurde aufgrund der massiven Unterstützung durch Informationen und Material seitens der USA (und, in begrenztem Maße, ihrer Verbündeten) der starke Selbstbehauptungswille der ukrainischen Bevölkerung, nicht zuletzt angesichts der Bewusstheit des ihr drohenden Schicksals im Falle einer Niederlage, bis heute so gestärkt, dass noch nicht entschieden ist, wie der Ukrainekrieg enden wird.

Die wesentlichen Gefährdungen der Demokratie bestehen in Deutschland aus den drei Faktoren des linken, rechten und religiösen Extremismus, sowie der Organisierten Kriminalität. Diese werden jeweils durch externe und interne Akteure repräsentiert, die - je nach Lage - auch zusammenwirken können. (Bericht des Verfassungsschutzes 2025, Polizeiliche Kriminalitätsstatistik 2025)

Die Diskussion über die öffentliche Sicherheit in Deutschland ist geeignet, einzelne Politikfelder zu skandalisieren und Personengruppen (Migranten, Muslime, Sozialbetrüger, Rechte, Linke, Reiche, Männer...). als Gefährder der Demokratie mit einschlägigen Labels zu markieren. Demgegenüber ist es erforderlich, Polarisierungen zu überwinden, die Bevölkerung über die allgemeine Sicherheitslage sachlich aufzuklären, und darzulegen, aus welchen Gründen einzelne Optionen wahrscheinlich für das vitale Sicherheitsinteresse aller Bürger sinnvoll sind.

In der westlichen Welt finden sich unterschiedlicher Modelle zwischen verbindlicher, aktiver Wehrdienstpflicht, unterschiedlichen Formen allgemeiner Dienstpflicht mit freiwilliger militärischer Option bis hin zur ausschließlich freiwilligen Berufsarmee. Auch die Einbindung von Frauen in den Militärdienst reicht von der völligen Freiwilligkeit bis hin zur aktiven Wehrpflicht auch für Frauen. Faktisch ist der Anteil der Frauen in der aktiv kämpfenden Truppe in Deutschland bei 18 % Anteil an der Gesamtstärke mit 8 % sehr gering. (Bundeswehr 2025)

Eine Wehrpflicht gegen den Willen der Hälfte der Bevölkerung unter Zwang ist zum Scheitern verurteilt. Es muss in diesem Falle mit einer Welle von mutmaßlich erfolgreichen Klagen gerechnet werden. Ein Zufallsverfahren ist zwar in der empirischen Sozialforschung zur Gewinnung wissenschaftlicher Erkenntnis anerkannt, kann aber die Anforderungen an eine sicherheitsrelevante Personalpolitik nicht erfüllen, weil sie spezifischen Anforderungen der Passung von Person und Aufgabe nicht genügt. Sie entspricht auch nicht dem existentiellen Ernst möglicher Folgen eines solchen Verfahrens für die mit diesem Verfahren konfrontierten Menschen und deren sozialer Umwelt. Die gesellschaftlichen Individualisierungsprozesse sind zu weit fortgeschritten, als dass sie durch staatlichen Machtgebrauch gebrochen werden könnten. Statt sie zu verleugnen, ist mit ihnen umzugehen.

In der Ukraine hat sich gezeigt, dass das Schlachtfeld von heute anders aussieht als im zwanzigsten Jahrhundert. Wenn auch nach wie vor archaische Phänomene wie die massenhafte Opferung junger Männer für zweifelhafte militärische Ziele zum Bild gehören, so ist zugleich erkennbar, dass nicht die Masse der Soldaten im Feld, sondern die Angemessenheit der Optionen zur Erreichung definierter relevanter Ziele ausschlaggebend ist. Abgesehen von der in den US-Streitkräften und der NATO rezipierten Faustregel, dass der Angreifer drei- bis viermal so viele Soldaten braucht wie der Verteidiger, zeigt die Erfahrung, dass Kontrolle über Echtzeitinformation, Waffenproduktion, Qualität der Ausbildung der Soldaten und Unterstützung durch potente Partner letztlich den Ausschlag geben. Dies relativiert den (vermeintlichen) Zwang der großen Zahl.

Die mögliche Übersensibilisierung für die Belange einzelner Bevölkerungsgruppen im Zuge diverser Identitätspolitik kann auch als Potential genutzt werden: Zu welchen zumutbaren Beiträgen können Bürger verpflichtet werden, wenn sie unterschiedlichen Altersgruppen, Geschlechtern, Bildungsniveaus, Verantwortungspositionen, Milieus usw. angehören? Männer und Frauen haben gleiche Rechte und Pflichten in Bezug auf die innere und äußere Sicherheit. Differenzierungen sind sachbezogen vorzunehmen, etwa nach den Kriterien von Eignung, Befähigung und Belastbarkeit. Eine gesamtpolitisch verstandene Wehrpflicht im hier beschriebenen Sinne, liegt auf einer anderen Ebene als allgemeine, etwa soziale oder ökologische Dienstpflichten oder freiwillige Engagements. Eine zivile Dienstpflicht würde unverhältnismäßig in die Persönlichkeitsrechte der Bürger eingreifen. Zivile Aufgaben sind durch zivile Professionalität beruflich und ehrenamtlich zu erfüllen. Die Verpflichtung, Leben und Freiheit der Bürger im Angriffsfall zu verteidigen, wäre demgegenüber gerechtfertigt. Die Wehrpflicht ist durch Sozialdienste nicht zu kompensieren.

Innere und äußere Sicherheit sind nicht voneinander zu trennen. Personen, die, darüber hinaus, bereit sind, auch unter Einsatz ihres Lebens als Soldat zu kämpfen, müssen das Vertrauen haben können, dass außerhalb der militärischen Option alle Funktionalitäten der Wehrpolitik und Sicherheitskultur in bestmöglicher Verfassung sind und sie deshalb ausschließlich als ultima ratio politischer Entscheidungen eingesetzt werden. Unter dieser Voraussetzung ist es der Mühe wert, jeweils geeignete Personen für alle jeweils erforderlichen Beiträge zur Sicherheit zu suchen und zu finden. Dies kann insgesamt durch ein professionelles digitales Informationsmanagement und, im Besonderen, durch eine verpflichtende Musterung mit einer entsprechenden Informationserhebung unterstützt werden.

